

**Sperrfrist:
Montag, 26. April 2004
10.00 Uhr**



economiesuisse

Medienmitteilung

Jahresmedienkonferenz: Schwerpunkte der neuen Legislatur

Im Rahmen ihrer Jahresmedienkonferenz fordert economiesuisse die bessere Ausnutzung des Wachstumspotenzials in der Schweiz. Der Unternehmerverband sieht in der neuen Legislatur dringenden Handlungsbedarf in den Bereichen öffentliche Haushalte, Bildung, Liberalisierung und bei den Sozialversicherungssystemen. Gefordert wird auch eine flexible Klimapolitik. Gleichzeitig hat economiesuisse dem „Neuen Lohnausweis“ der Kantone den Kampf angesagt.

economiesuisse fordert Prioritäten bei der neuen Legislaturplanung

Im Rahmen ihrer Jahresmedienkonferenz ortet economiesuisse in der neuen Legislatur dringenden Handlungsbedarf in vier zentralen wirtschaftspolitischen Bereichen. Damit die Schweiz endlich wieder auf den Pfad nachhaltiger wirtschaftlicher Dynamik und Wohlstandssteigerung zurückfinde, fordert der Präsident von economiesuisse, Ueli Forster, die rasche ausgabenseitige Sanierung der öffentlichen Haushalte, die Etablierung eines leistungsfähigen und effizienten Bildungs- und Forschungssystems, die Verbesserung des Unternehmersteuersystems durch die Abschaffung der wirtschaftlichen Doppelbelastung, die Schaffung offener Märkte, insbesondere bei den öffentlichen Monopolbetrieben und im Infrastrukturbereich sowie schliesslich die Abstimmung der sozialen Sicherungssysteme mit den volkswirtschaftlichen Wachstumsmöglichkeiten.

In diesem Zusammenhang kritisiert der Unternehmerverband die Legislaturplanung 2003 – 2007 des Bundesrates, die zwar in etlichen Bereichen in die richtige Richtung gehe, aber keine klare Prioritäten setze. Forster betonte, dass er seine Kritik und Warnung aus grosser Sorge um den Wirtschaftsstandort Schweiz verstanden wissen möchte. Unser Land büsse allein schon durch finanz- und steuerpolitisches Nichtstun gegenüber anderen, reformfreudigeren Ländern laufend an Standortqualität ein.

Der Vizepräsident von *economiesuisse*, Patrick Odier aus Genf, schlug in die gleiche Kerbe und ortete vor allem einen „manque de punch“ in der Binnenwirtschaft. Dieser hänge zu einem grossen Teil mit der fehlenden bzw. mangelnden Liberalisierung von Post, Strommarkt, Telekommunikation und Bahn zusammen.

Auch im Bildungsbereich müsse sich einiges verändern, ergänzte Patrick Odier. Die meisten Berufe von morgen existierten heute noch nicht, was bedeute, dass man sich dieser Herausforderung heute und nicht erst morgen stellen müsse. Für ihn sei klar, dass in diesem Zusammenhang die Kreativität eine entscheidende Rolle spielen werde. Dazu seien alle Akteure gefordert, nicht nur im Bildungsbereich, auch in der Wirtschaft.

economiesuisse kritisiert wirtschaftsfeindlichen Lohnausweis der Kantone

Trotz öffentlichen Beteuerungen, den Standort Schweiz zu revitalisieren und die KMU zu entlasten, drohe mit dem „Neuen Lohnausweis“ genau das Gegenteil, argumentierte Rudolf Wehrli, Vorstandsausschussmitglied von *economiesuisse*. Die zuständigen Kantonsverantwortlichen wollten, ungeachtet der dramatischen Folgen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber, mit einem geänderten und harmonisierten Lohnausweis Natural-, Gehaltsnebenleistungen und Spesen möglichst intensiv erfassen. Dies bedeute für zahlreiche Arbeitnehmer nichts anderes als eine Steuererhöhung durch die Hintertür. Damit drohe auch den Arbeitgebern, insbesondere den KMU, ein unzumutbarer administrativer Mehraufwand für die verlangte Erfassung der Daten, dazu neue Kosten und beträchtliche steuerliche Zusatzbelastungen.

Der Lohnausweis sei praxisfremd und werde von den Unternehmen ganz klar nicht mitgetragen, sagte Rudolf Wehrli. Dies zeigten auch die aktuellen Ergebnisse einer breit angelegten Vernehmlassungsrunde von *economiesuisse* bei den Unternehmen zu den neuesten Lohnausweis-Richtlinien bzw. -weisungen. *economiesuisse* setze sich für eine liberale Steuerpraxis ein und werde eine wirtschaftsunverträgliche Lohnausweis-Praxis entschieden bekämpfen und allenfalls notwendige Gesetzesanpassungen unterstützen.

economiesuisse für flexibles CO₂-Gesetz und pragmatische Lösung beim Klimarappen

Der Unternehmensverband machte klar, dass er in der weltweiten Klimaproblematik das Vorsorgeprinzip unterstütze. Die Verunsicherung bezüglich der Umsetzung des Kiotoprotokolls tangiere auch unser Land, meinte Geschäftsleitungsmitglied, Florent Roduit, doch die Schweiz habe mit dem CO₂-Gesetz bereits klare Ziele gesetzt. Im Vordergrund stünden freiwillige Massnahmen zur Erreichung der Klimagas-Ziele. Gleichzeitig setze das Gesetz auf flexible Mechanismen. Sollte sich herausstellen, dass die Reduktionsziele nicht erreicht werden könnten, habe der Bund ein Recht, eine Lenkungsabgabe auf fossile Energien zu erheben. Diese Abgabe komme aber erst als „ultimo ratio“ zum Zug.

Zu diesem Zweck sei die Energieagentur der Wirtschaft gegründet worden. Es sei höchst erfreulich, dass heute mehr als 1000 Firmen im Rahmen der Energieagentur an Programmen zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Reduktion der CO₂-Emissionen beteiligt seien. Das zeige ganz klar, dass die Wirtschaft und die Unternehmen ihre Verantwortung gegenüber der Umwelt sehr ernst nähmen.

Das grösste Problem seien nicht die Brennstoffe, sondern der Treibstoffsektor, also der Verkehrsbereich. Der integrale Klimarappen soll nun die Ziellücke in beiden Bereichen schliessen. economiesuisse unterstütze dieses Projekt, betonte Florent Roduit, weil es aus ökologischer und ökonomischer Sicht eine effizientere Massnahme darstelle, insbesondere da der Klimarappen unser Klimaproblem nicht exportiere und zudem beim Erwerb von Emissionszertifikaten im Ausland eingesetzt werden könne. Weil die Klimaprobleme die ganze Erde umfassten, habe der Ort, an dem die Emissionen erzeugt oder gesenkt werden, keinen Einfluss auf die globale Klimabilanz. Zudem könne die schweizerische Volkswirtschaft den Klimarappen verkraften. Schliesslich würde auch die Bundeskasse mit dem Klimarappen nicht belastet. Aus diesen Gründen, hielt Florent Roduit fest, sei economiesuisse für den Klimarappen und für die Nutzung der vom CO₂-Gesetz vorgesehenen Flexibilität bei der Umsetzung.

Zürich, 26. April 2004